

De-minimis-Erklärung des Antragstellers

(nach Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013)

1. Antragsteller/Antragstellerin

Name Antragsteller/-in	
Straße	
PLZ	Haus-Nr.
Ort	

Bei der beantragten Zuwendung handelt es sich um eine „De-minimis“-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L352 vom 24. Dezember 2013. Der maximal zulässige Gesamtbetrag von „De-minimis“-Beihilfen beträgt innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt der ersten „De-minimis“-Beihilfe EUR 200.000. Dieser Betrag umfasst alle Formen von öffentlichen Beihilfen (z.B. Zuschüsse, Beteiligungen, Darlehen, Bürgschaften), die als „De-minimis“-Beihilfe gewährt wurden, und berührt nicht die Möglichkeit, dass der Empfänger sonstige von der Kommission genehmigte oder freigestellte Beihilfen erhält.

2. Erklärungen zu bisher beantragten, bewilligten oder gewährten De-minimis-Beihilfen

(vgl. Art. 3, Abs. 5 der Verordnung Nr. 1407/2013)

Ich bestätige/Wir bestätigen, dass mir bzw. dem Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren (ab dem o. g. Datum)

die nachfolgenden De-minimis-Beihilfen beantragt, bewilligt oder gewährt wurden.

Datum der Beantragung/ Bewilligung (TT.MM.JJJJ)	Beihilfeempfänger Name u. Anschrift	Beihilfegeber Name u. Anschrift	Art der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft, Beteiligung)	Aktenzeichen	Fördersumme in EUR

keine „De-minimis“-Beihilfen beantragt, bewilligt oder gewährt wurden.

3. Schlusserklärung

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir alle Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht habe(n) und sie durch entsprechende Unterlagen belegen können.

Ich erkläre/Wir erklären ferner, dass ich/wir die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 als Rechtsgrundlage anerkenne(n) und durch die Fördermaßnahme die geltenden Fördergrenzen nicht überschritten werden.

Mir/uns ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist.

Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns, unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.